



CDU

NEWSLETTER REINHOLD HILBERS, MDL

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich Ihnen heute meinen 60. Newsletter zusenden zu dürfen. Wie Sie sehen können, hat sich die Optik des Newsletters ein wenig verändert – der Inhalt bleibt aber weiter bunt und aktuell.

Über Anregungen – auch hinsichtlich der neuen Aufmachung des Newsletters - freue ich mich wie immer sehr und hoffe von Ihnen zu hören.

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich ein gesegnetes Osterfest.

Ihr Reinhold Hilbers

Schüler zu Besuch in Hannover

Ein nicht alltägliches Praktikum haben zwei Schüler aus Nordhorn und Bad Bentheim bei mir machen können. Im Rahmen eines Praktikums erlebten Lukas Karkossa und Michelle Hannemann ganz intensiv die Arbeit eines Landespolitiklers aus nächster Nähe. Die beiden aufgeweckten Jugendlichen konnten mich in der Tat bei allen Terminen begleiten. Dabei standen nicht nur Termine in der Grafschaft auf der Tagesordnung, sondern vor allem auch viele Termine in der Landeshauptstadt Hannover.

Das Praktikum ist in doppelter Hinsicht eine Chance. Einerseits versuche ich den Jugendlichen einen tiefen Einblick in die

Landespolitik zu verschaffen und die Praktikanten damit für die Teilhabe am politischen Leben zu begeistern. Andererseits freue ich mich über die Möglichkeit durch den intensiven Kontakt neues über die Lebenssituation der Schülerinnen und Schüler in der Grafschaft zu erfahren. Mit dem Ende des Praktikums geht für beide Seiten eine sehr spannende Zeit zu Ende.



Lehrerprotest verständlich

Mit ihrem rücksichtslosen Vorgehen treibt die Ministerin die Lehrkräfte auf die Straße. Die Reaktionen auf die von ihr angekündigte Lehrermehrarbeit wie Demonstrationen, das

Aussetzen von Klassenfahrten und weitere von Lehrerverbänden für diesen Monat angekündigte Protestaktionen lassen keinen Zweifel zu: Das Verhältnis zwischen der Ministerin und den rund 85.000 Lehrerinnen und Lehrern in Niedersachsen ist zerrüttet.

Ich habe kein Verständnis für das Vorgehen der Kultusministerin in Bezug auf die angekündigte Mehrarbeit für Gymnasiallehrkräfte und die Rücknahme der Altersermäßigung. Ministerin Heiligenstadt hatte in den letzten Monaten zahlreiche Gelegenheiten, den Lehrkräften entgegenzukommen. Die Mittel für ihre so genannte ‚Bildungsoffensive‘ wären auch anders zu erwirtschaften gewesen, wie nicht zuletzt unsere Haushaltsanträge deutlich gemacht haben. Die Ministerin hat dem Schulfrieden in Niedersachsen ohne Not ein Ende gesetzt.

Insbesondere die Absage von Klassenfahrten hätte vermieden werden müssen, denn sie trifft direkt die Schülerinnen und Schüler. Die Ministerin trägt die Verantwortung dafür, dass der Konflikt nun auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen wird. Sie hat es versäumt, den Lehrkräften zu erklären, welchen zeitlichen Ausgleich sie für die Erhöhung ihrer Unterrichtsverpflichtung geltend machen können. Die Absage von Klassenfahrten, einer freiwilligen Leistung der Lehrkräfte, war nur die logische Reaktion darauf.

Mindeststandards bei Werkverträgen

Die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft müssen für alle Bereiche und Branchen innerhalb unserer Wirtschaft gelten. Eine Marktwirtschaft ist nur dann sozial, wenn es auch auf dem Arbeitsmarkt fair zugeht – auch gegenüber jenen, die nur zeitweilig hier leben und arbeiten. Lohndumping, Endlosketten von Werkverträgen Umgehung fairer Arbeitsbedingungen sowie

menschenunwürdige Lebensverhältnisse widersprechen unserem christlichen Menschenbild.

Der Arbeitsmarkt in Niedersachsen hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Unter den CDU-geführten Landesregierungen sank zwischen 2003 und 2013 die Arbeitslosenzahl um 30 Prozent. Wir freuen uns über die geringste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes spielte für diese Entwicklung eine wichtige Rolle. Zudem sind Werkverträge seit Jahrzehnten zentrales Element unseres arbeitsteiligen marktwirtschaftlichen Systems. Sie dürfen nicht durch schwarze Schafe in Misskredit gebracht werden. Leider gibt es in verschiedenen Branchen jedoch eine Entwicklung, bei der die Einschaltung von deutschen aber auch ausländischen Subunternehmern auf Werkvertragsbasis zu nicht hinnehmbaren Nachteilen der Beschäftigten führt.

Die CDU in Niedersachsen fordert daher die Tarifpartner der von Missbrauch betroffenen Branchen auf, umgehend die Voraussetzungen zu schaffen, damit Mindestarbeitsbedingungen wie tarifliche Mindestlöhne wirksam vereinbart werden können und alle Beschäftigten diesen tatsächlich erhalten. Werkverträge dürfen nicht als neues Schlupfloch für Lohndumping und unangemessene Behandlung der Beschäftigten missbraucht werden. Um dies kurzfristig zu erreichen, ist ein stufenweises Vorgehen erforderlich:

- Wir fordern einen nach dem Arbeitnehmerentendegesetz (AEntG) erstreckten Mindestlohn-Tarifvertrag für die Fleischbranche. Dieser muss flächendeckend für eine angemessene Vergütung (Mindestlohn) sorgen. Hierfür muss die Branche einen AEntG-konformen Tarifvertrag abschließen, der Gesetzgeber die

Branche in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufnehmen und der Tarifvertrag vom Bundesarbeitsministerium per Verordnung für allgemeinverbindlich erklärt werden.

- Die Unternehmen der Branche fordern wir auf, sich bis zum Zeitpunkt der allgemeinen Verbindlichkeit des Mindestlohn-Tarifvertrages und mit Blick auf die Qualität der weitergehenden Rahmenbedingungen (z. B. angemessene Unterkunft) kurzfristig per Vertrag auf einen Kodex für faire Arbeitsbedingungen zu verpflichten. Dieser muss empfindliche Sanktionen für die Werkvertrags-Partner bei Vertragsverletzungen beinhalten.
- Um Scheinwerkverträge mit Zeitarbeitsfirmen unwirtschaftlich zu machen, setzen wir uns für eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) ein. Stellt sich ein Werkvertrag als rechtswidrige verdeckte Arbeitnehmerüberlassung heraus, darf sich der faktische Arbeitgeber nicht auf eine vorsorglich vorhandene Verleiherlaubnis berufen können (Leiharbeit). In diesem Fall muss der Equal-Pay-Grundsatz (= gleicher Lohn für gleiche Arbeit) gelten und das Unternehmen den Arbeitnehmer zu den Konditionen seiner Stammebelegschaft übernehmen.
- Effektivere Kontrollen und mehr Kompetenzen für die Prüfer der Bundesagentur für Arbeit (BA), des Zolls, der Finanzämter und der lokalen Ordnungsbehörden sollen die Einhaltung der bestehenden Regeln verbessern. Die Behörden müssen noch intensiver und zielgerichteter

zusammenarbeiten und, wo notwendig, personell verstärkt werden. Ausgebaut werden soll das Netz der Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmer, um die Beschäftigte besser über ihre Rechte zu informieren.

- Mit einer landesgesetzlichen Regelung müssen die Landkreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen die Möglichkeit erhalten, definierte Mindeststandards der Wohnsituation bei der Unterbringung von Werkvertragsarbeitern effektiv auf deren Einhaltung hin prüfen und Verstöße sanktionieren zu können. Wir fordern SPD, Grüne und FDP auf, die aktuelle Gesetzesinitiative der CDU-Landtagsfraktion hierzu zu unterstützen. Die Kommunen sind aufgerufen, ihre Kontrollmöglichkeiten über die lokalen Ordnungsbehörden vollständig auszuschöpfen.

Funktionierende Landesämter nicht zerschlagen

Die von der Landesregierung angestrebte Neuorganisation des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung (LGLN) wird unserer Region schaden. Es ist nunmehr vom Kabinett beschlossen, dass die LGLN-Regionaldirektion Meppen ihre Leitung nach Osnabrück abgeben wird. Dabei hat sich die Behörde in der emsländischen Kreisstadt, unter deren Leitung auch unser Katasteramt in Nordhorn stand, bewährt und sollte weiterhin eigenverantwortlich zuständig sein für die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim. Das ist ein erster schwerer Schlag der Landesregierung gegen das Emsland und die Grafschaft. Innenminister Pistorius hat für „seine“ Stadt entschieden.

"Krim-Krise zeigt die Bedeutung der europäischen Idee"

Anhand der aktuell angespannten Situation auf der ukrainischen Halbinsel Krim habe ich vor Schülerinnen und Schülern des Evangelischen Gymnasium Nordhorn den hohen Wert des Friedensprojekts Europa erläutert: Die Krise in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zeigt, wie zerbrechlich der Frieden sein kann. Dass Deutschland seit nunmehr fast 70 Jahren in Frieden leben können, ist ein Ergebnis kluger Europa-Politik und des Eintretens für die Europäische Union. An den Entwicklungen auf der Krim kann man sehen, dass die Betonung der Friedenssicherung durch die Europäische Einigung nicht historisch veraltet ist. Die Friedenspolitik und die Wertgemeinschaft der EU sind ein Stabilitätspfeiler auf der Welt. Die Europäische Einigung als Staatenbund ist einzigartig auf der Welt. Die Krimkrise zeigt, dass Friedenssicherung auch im 21. Jahrhundert nichts altmodisches von gestern ist, sondern hochaktuell.

Aber es gilt trotzdem: Wir brauchen eine harte Haltung gegenüber Russland, auch wenn wir weiter miteinander sprechen müssen, denn in Europa gilt: Das Recht hat die Macht und nicht umgekehrt.

Mein Besuch beim Evangelischen Gymnasium Nordhorn fand im Rahmen des EU-Projekttags an Schulen statt. Nach der intensiven Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern habe ich Ihnen Mut gemacht. Auch wenn die Europäische Union und der gesamte europäische Kontinent vor großen Herausforderungen stehen, können wir mit Stolz auf eine einzigartige Geschichte zurückblicken und daraus einen optimistischen Mut für die Zukunft schöpfen. Der Jugend Europas gehört die Zukunft.



**Mangelnder Sparwille bei Rot-Grün:
Offenbar kann sich Schneider selbst
Schuldenbremse 2020 nicht vorstellen**

Finanzminister Schneider mangelt es an Ehrgeiz beim Sparen. Schneider sucht ständig nur neue Einnahmequellen und fremdes Geld für die Landeskasse. Offenbar befürchtet er, die Schuldenbremse in Niedersachsen selbst 2020 nicht einhalten zu können. Dabei gibt es selten günstige Rahmenbedingungen für eine Schuldenbremse 2017: Steuereinnahmen in Rekordhöhe und ein niedriges Zinsniveau.

Mit Blick auf die Debatte um den Solidaritätszuschlag habe ich den Eindruck, dass der Solidaritätszuschlag bei dieser Regierung offenbar für alles herhalten: Beim Ministerpräsidenten für die Bildung, bei Finanzminister Schneider für den Haushaltsausgleich. Ohne zusätzliches Bundesgeld geht bei dieser Landesregierung anscheinend nichts. Der Vorschlag Schneiders, den Soli in die allgemeinen Steuern zu integrieren ist unsozial, da beim Solidaritätszuschlag andere, höhere Freibeträge gelten als bei der Lohn- oder Einkommenssteuer. Ginge es nach Herrn Schneider, müssten Bezieher kleiner Einkommen mehr bezahlen.

Der Soli, der zur Wiedervereinigung vor allem eingeführt worden ist, um die Folgen von 40 Jahren Sozialismus in den östlichen Bundesländern zu überwinden muss mittelfristig auslaufen. Zeitgemäß ist diese Abgabe nicht mehr. Ich spreche mich daher mittelfristig für ein Ende des Soli aus: Wenn die besonderen Transferleistungen für die östlichen Bundesländer auslaufen und der Länderfinanzausgleich neu geregelt wurde, sollte der Soli nach 2020 abgeschafft werden.

**Koste es, was es wolle: Land verschwendet
erneut Steuergelder für
Personalentscheidung**

Die Landesregierung verschwendet wiederholt Steuergelder: Rot-Grün hat bei einer Personalentscheidung erneut schlampig gearbeitet und dem Land damit erneut einen massiven finanziellen Schaden eingebrockt. Anlass meiner Kritik ist die nicht erfolgte Aufteilung der Pensionslast des Braunschweiger Landesbeauftragten: Da es die Landesregierung versäumt hat, sich mit der vorherigen Dienststelle Wunderling-Weilbiers - dem Landkreis Helmstedt - über die übliche Teilung der Versorgungsansprüche zu einigen, muss das Land nun allein die volle Versorgungslast tragen. Der Schaden beträgt rund 180.000 Euro.

Die Landesregierung hätte die Versorgungslastenteilung gegenüber dem Landkreis Helmstedt zur Bedingung für die Ernennung Wunderling-Weilbiers machen müssen - man hätte ihn einfach später einstellen müssen. Wer noch immer glauben sollte, die Installation der Landesbeauftragten folge einem durchdachten Konzept, wird endgültig eines Besseren belehrt. Rot-Grün hat seine überflüssigen Beamten nach dem Motto „koste es, was es wolle“ eingestellt: ohne Klärung der Pensionslast, ohne Räumlichkeiten und ohne Plan.